

Der rote Terror und die Diplomaten

Matthias Dornfeldt und Enrico Seewald

Diplomatie und Terror liegen weit auseinander im politischen Spektrum. Im Folgenden wird der Beginn des kommunistischen Massenterrors, wie er in den Überlieferungen der zeitgenössischen deutschen Diplomatie und Publizistik erfaßt wurde, dargestellt.

Der kommunistische Massenterror durch staatliche Behörden erfolgte erstmals 1918 in Sowjetrußland. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben 1848 ganz am Ende des „Manifests der Kommunistischen Partei“: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nicht in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Ein von Marx wenige Monate später geschriebener Zeitungsbeitrag endet mit dem Hinweis, „daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel – den revolutionären Terrorismus.“¹ Allerdings traf der kommunistische Terror auch Proletarier und nicht nur Angehörige der Ausbeuterklasse und er diente auch nicht der Abkürzung einer Übergangszeit sondern prägte dauerhaft das kommunistische Herrschaftssystem.

Lenin schrieb in seinem Artikel „Womit beginnen“ in der in München Ende Mai 1901 gedruckten Ausgabe Nr. 4 der Zeitung „Iskra“: „Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kampfhandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand der Truppe und unter bestimmten Bedingungen durchaus angebracht und sogar notwendig sein kann.“² Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 1903 wurde das von Lenin mit entworfene Programm und Statut angenommen. In seinem Beitrag „Die Lehren des Moskauer Aufstands“ in der am 29. August 1906 erschienenen Nr. 2 der von ihm herausgegebenen Zeitung *Protelari* erklärte Lenin die Sozialdemokratie müsse den „Massenterror billigen und zum Bestandteil ihrer Taktik machen, dabei muß sie ihn natürlich organisieren und kontrollieren“.³ Nach der Machtergreifung im Herbst 1917 handelten die Bolschewisten ganz in diesem Sinne. Der Rat der Volkskommissare – wie sich die faktische Regierung nannte – beschloß am 19. Dezember 1917 unter Lenins Vorsitz, Felix Dzierzynski mit der Bildung einer Sonderkommission zur Unterdrückung der Sabotage gegen die Revolution zu beauftragen.⁴ Lenin präzisierte am folgenden Tag seine Ideen dazu in einem Schreiben an Dzierzynski mit der Aufforderung: „Zum Kampf gegen Konterrevolutionäre und Saboteure sind außerordentliche Maßnahmen notwendig.“⁵ Noch am selben Tag erfolgte durch den Rat der Volkskommissare die Namensge-

1 „Sieg der Konterrevolution zu Wien“, Neue Rheinische Zeitung vom 7. November 1848.

2 Der Artikel ist in deutscher Sprache wiedergegeben in: Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke, Band 5, Berlin 1955, S. 5–13, das Zitat auf S. 7.

3 Der Beitrag ist in deutscher Sprache wiedergegeben in: Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke, Band 11, Berlin 1958, S. 157–165, das Zitat auf S. 163.

4 Wladimir Iljitsch Lenin und die Gesamtrossische Tschecha, Dokumentensammlung, Potsdam 1977, S. 40. Dzierzynski gehörte dem Petrograder Revolutionären Militärkomitee an, das im Oktober 1917 zur Vorbereitung und Führung des bewaffneten Aufstandes gebildet worden war. Das Komitee wurde am 18. Dezember 1917 aufgelöst.

5 Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke, Band 26, Berlin 1961, S. 372.

bung für die neue Behörde: Gesamtrussische Außerordentliche Kommission beim Rat der Volkskommissare zum Kampf gegen die Konterrevolution und Sabotage.⁶ Die Abkürzung ihrer russischen Bezeichnung „Tscheka“ wurde bald zu einem Synonym für den Massenterror. Lenin beteiligte sich an diesen Verbrechen von Anfang an und befahl dabei auch persönlich Übergriffe gegen die durch das Völkerrecht geschützten Angehörigen diplomatischer Missionen, wie bei der Verhaftung rumänischer Diplomaten am 13. Januar 1918. Der amerikanische Botschafter David Rowland Francis initiierte daraufhin eine Kollektivnote des Diplomatischen Corps und verhandelte zusammen mit neunzehn weiteren Missionschefs am folgenden Tag mit Lenin über die Entlassung der Rumänen, die am Abend angewiesen wurde.⁷

Die deutschen Diplomaten kehrten im Frühjahr 1918 nach Rußland zurück. Die Hilfe der deutschen Regierung war für die Errichtung und Sicherung des ersten kommunistischen Regimes der Welt von großer Bedeutung. Diese seltsame Partnerschaft war nicht unlogisch, denn ein Ziel der deutschen Politik im Ersten Weltkrieg war die Revolutionierung des Kriegsgegners Rußland. Der Gedanke schien sinnvoll, weil das Zarenreich ein Vielvölkerstaat mit starken zentrifugalen Kräften war. Allerdings brach der Zarismus im März 1917 weniger wegen der deutschen Aktionen, sondern eher wegen seiner inneren Probleme zusammen. Die darauf folgende Provisorische Regierung wollte den Krieg fortsetzen. Deshalb intensivierte die deutsche Regierung ihre Bemühungen zur Ausschaltung Rußlands als Kriegsgegner. Kaiser, Reichsleitung und Oberste Heeresleitung stimmten schnell zu, als Ende März 1917 von der deutschen Gesandtschaft in Bern von dem Wunsch russischer Revolutionäre in der Schweiz zur Rückkehr in die Heimat berichtet wurde. Der erste Revolutionärstransport mit Lenin und seinen Leuten verließ Zürich am 9. April 1917 um 15.20 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zug nach Schaffhausen. Auf der deutschen Station Gottmadingen stieg die Reisegesellschaft in einen an den Zug nach Stuttgart angehängten Sonderwaggon um. Darin reiste man über Berlin nach Sassnitz und von dort aus mit der Fähre weiter nach Schweden und dann per Bahn nach Rußland. Am Abend des 16. April 1917 erreichte die Reisegruppe St. Petersburg, wo Lenin in einer Rede auf dem Platz vor dem Finnländischen Bahnhof von einem Panzerauto herab „für die soziale Revolution im internationalen Maßstab“ plädierte.⁸ Die Sektion Politik des deutschen Generalstabs meldete dazu: „Lenin Eintritt Rußland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch.“⁹ Endgültig erfüllt wurden die Wünsche der deutschen Regierung, als die Bolschewiki Anfang November 1917 die Macht ergriffen und unverzüglich in dem von Lenin formulierten „Dekret über den Frieden“ allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen Friedensverhandlungen vorschlugen. Am Nachmittag des 26. November 1917 trafen bei den deutschen Stellungen russische Parlamentäre mit dem Ersuchen ein, „bei der deutschen Obersten Heeresleitung anzufragen, ob sie bereit sei, ihre Bevollmächtigten zur Aufnahme unverzüglicher Verhandlungen über die Festlegung eines Waffenstillstandes an allen Fronten der kriegführenden Länder zu entsenden, um danach Friedensverhandlungen zu beginnen.“ Die deutsche Seite reagierte

6 Wladimir Iljitsch Lenin und die Gesamtrussische Tscheka, S. 44.

7 Die Anweisungen Lenins zur Verhaftung und Freilassung der Rumänen sind in deutscher Sprache wiedergegeben, ebd., S. 56 f.; das entsprechende Telegramm von Francis an den Außenminister der USA in: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1918, Russia, Band 1. Washington 1931, S. 477 f.

8 Nach dem Bericht in der *Prawda* vom 18. April 1917; in deutscher Sprache wiedergegeben in: Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke, Ergänzungsband 1896–1917. Berlin 1974, S. 407 f.

9 Hahlweg, Werner (Hrsg.): Lenins Rückkehr nach Rußland 1917, Die deutschen Akten. Leiden 1957, S. 104 f.

sofort. Ort der Zusammenkunft der Bevollmächtigten war das Hauptquartier des Oberbefehlshabers der deutschen Ostfront in Brest-Litowsk, wo die Verhandlungen am 3. März 1918 mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages endeten. Dessen Artikel I fixierte die Entschlossenheit der Vertragspartner, „fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.“ Gemäß Artikel X sollten die diplomatischen und konsularischen Beziehungen „sofort nach der “Ratifizierung des Friedensvertrages wieder aufgenommen werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 29. März 1918 im Berliner Auswärtigen Amt. Dessen Leiter war zu jener Zeit Staatssekretär Richard von Kühlmann, der den Vertrag von Brest-Litowsk mit unterschrieben hatte.

Der Sitz der Sowjetregierung wurde im März 1918 aus dem von deutschen Truppen leicht erreichbaren St. Petersburg in das weiter im Landesinneren gelegene Moskau verlegt. Das diplomatische und konsularische Corps verblieb allerdings in der alten Hauptstadt. Hingegen nahm die neu errichtete deutsche diplomatische Vertretung ihr Quartier am neuen Regierungssitz. Kühlmann ernannte in Vertretung des Reichskanzlers Georg von Hertling am 2. April 1918 zum vorläufigen diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches in Sowjetrußland den Grafen Wilhelm von Mirbach-Harff, den bisherigen Leiter der gemischten Kommission für Gefangenenaustausch und Wiederaufnahme des Post- und Eisenbahnverkehrs. Wipert von Blücher vom Rußland-Referat des Auswärtigen Amtes schrieb dazu: „Die Hauptaufgabe des Grafen Mirbach war, sich ein Bild von dem zu verschaffen, was der Bolschewismus in Wahrheit bedeutete. Für uns, die wir im Amte zurückblieben, war der Bolschewismus ein rätselhaftes Phänomen, über das wir viel hin und her diskutierten. War der Bolschewismus nur eine Erschöpfungserscheinung eines niedergebrochenen Volkes oder war er eine neue politische Lebensform? War er eine speziell russische Erscheinung oder besaß er Ansteckungsgefahr auch für andere Völker? Alle Deutschen und alle Emigranten, die aus Rußland kamen, erzählten grauenvolle Dinge von dem Elend, das in Rußland herrsche, und dem blutigen Terror, der von den Machthabern ausgeübt würde. Die furchtbarsten Zeiten der Schreckensherrschaft der französischen Revolution schienen sich auf dem Boden Rußlands zu wiederholen.“¹⁰ In dem von Hertling unterzeichneten Einführungsschreiben „An die Regierung der Russischen Föderativen Sowjet-Republik“ steht u. a.: „Graf von Mirbach wird es als seine Aufgabe betrachten, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Mächten nach besten Kräften zu pflegen und zu fördern und sich das Vertrauen und die Wertschätzung der Regierung der Russischen Föderativen Sowjet-Republik zu erwerben. [...] Ich darf bitten, ihn bei Überreichung dieses Schreibens mit Wohlwollen aufzunehmen und ihm vollen Glauben beizumessen in allem, was er im Namen meines Kaiserlichen Herrn oder im Auftrage der Kaiserlichen Regierung vorzubringen berufen sein wird.“¹¹ Mirbach überreichte das Dokument am 24. April 1918 dem Staatsoberhaupt Jakow Michailowitsch Swerdlow im Moskauer Kreml und berichtete darüber an Hertling: „Die Übergabe meines Einführungsschreibens vollzog sich nicht nur in der allereinfachsten, sondern auch in der frostigsten Form.“ Kaiser Wilhelm II. schrieb dazu, Mirbach habe „keine eigentliche Regierung vor sich, sondern Räuberhauptleute...; danach muß er sich richten und sie dementsprechend behandeln.“¹²

10 Blücher, Wipert von: Deutschlands Weg nach Rapallo. Wiesbaden 1951, S. 14 f.

11 PAAA, Botschaft Moskau 21, Personalien.

12 Das Dokument ist abgedruckt in dem Beitrag von Baumgart, Winfried: Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April–Juni 1918, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 16. Jahrgang 1968, S. 74–76.

Der deutsche Diplomat wurde am 6. Juli 1918 in der Mission von zwei Sozialrevolutionären ermordet, die sich mit gefälschten Ausweisen der Tscheka Zutritt verschafft hatten. Die Leitung der Vertretung übernahm Legationsrat Kurt Riezler, dem noch am selben Tag Swerdlow, Lenin und Dzierzynski persönlich kondolierten. Riezler hatte von Herbst 1917 bis Frühjahr 1918 als Chef der Russischen Abteilung der Gesandtschaft in Stockholm die Reichsleitung über die Entwicklung in Rußland informiert. Bereits in seinem ersten Bericht nach der Regierungsübernahme durch die Bolschewiki schrieb er geradezu prophetische Formulierungen zu dem neuen Regime und seinen Akteuren. Lenin und Trotzki werden als die bedeutendsten Anführer geschildert, „beide westlich gebildet, ...praktische Revolutionäre großen Stils. Lenin ... ist offenbar der Organisator und Leiter dieser gut organisierten und umsichtig geleiteten Bewegung, Theoretiker in den radikalen Zielen, aber praktisch und konkret in der Benutzung der Mittel.“ Trotzki wird als designierter Außenminister bezeichnet. „Sowohl Lenin als Trotzki sollen über eine sehr große persönliche Autorität bei ihren Anhängern verfügen. Sie dürften imstande sein, in ihrer Partei Ordnung zu halten, sich diktatorische Gewalt zu verschaffen und zu erhalten. [...] Falls die Herrschaft der Bolschewiki sich in Rußland auch nur einige Wochen hält, dürften dem Lande Schrecken bevorstehen, wie sie auch Frankreich unter Marat kaum gekannt hat.“¹³ Die Herrschaft der Bolschewiki hielt sich mehr als einige Wochen mit bis dahin unbekanntem und unvorstellbarem Schrecken. Riezler schickte am 23. Februar 1918 Hertling einen Bericht des russischen Journalisten Josef Kolyschko mit folgendem Passus: „In Europa kennt man die bolschewistischen Dekrete, aber man weiß wenig über den Bolschewismus. Jedermann kennt die Cholera und die Pest. Aber nur derjenige, der in Cholera- und Pestbaracken gewesen ist, kann den richtigen Schrecken der Epidemie bestätigen.“¹⁴

Kritik an der bolschewistischen Schreckensherrschaft gab es seitens der kaiserlich-deutschen Regierung mit Bezug auf den Friedensvertrag von Brest-Litowsk nicht. In dessen Artikel II steht zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der jeweils anderen Vertragsmächte der Satz: „Die vertragsschließenden Teile werden jede Agitation und Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heeresinstitutionen des anderen Teiles unterlassen.“ Kühlmann sagte über Rußland am 24. Juni 1918 im Reichstag, „Leitstern unserer Politik“ sei die scharfe Beobachtung, äußerste Vorsicht und weise Zurückhaltung bei rein inneren russischen Vorgängen.¹⁵ Daran hielt sich auch sein Nachfolger Paul von Hintze, der in Vertretung Hertlings am 22. Juli 1918 den ehemaligen Staatssekretär Karl Helfferich zum diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches bei der Sowjetregierung ernannte. Der Diplomat wurde aus Sicherheitsgründen bei seiner Ankunft in Rußland an der Bahnlinie vor Moskau in Empfang genommen und per Automobil zur Mission gebracht. In Rußland herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Situation war für die Sowjetführung bedrohlich. Helfferich schrieb dazu: „Die stärkste Stütze der Bolschewikiregierung in jener kritischen Zeit war, wenn auch unbewußt und unbeabsichtigt – die deutsche Regierung.“¹⁶ Diese Unterstützung war aber weder unbewußt noch unbeabsichtigt, sondern sehr bewußt und gezielt. Der Missionschef initiierte noch die Verlegung der Vertretung nach Petrograd; Hintze später in die von deutschen Truppen besetzte Stadt Pleskau/Pskow. Dort amtierte Graf Rudolf von Bassewitz bis Ende Oktober 1918 als Geschäftsträger. Am 5. August 1918 wurde Helfferich von Hintze

13 Dieser Bericht vom 12. November 1917 ist abgedruckt in: Erdmann, Karl Dietrich (Hrsg.): Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Göttingen 1972, S. 682–684.

14 PAAA, Gesandtschaft Stockholm 88.

15 Verhandlungen des Reichstags, Band 313, Stenographische Berichte, S. 5608.

16 Helfferich, Karl: Der Weltkrieg, III. Band. Berlin 1919, S. 472.

telegrafisch zur mündlichen Berichterstattung in die Heimat beordert und kehrte nicht mehr nach Rußland zurück. Deshalb sind für die folgenden drei Monate die Berichte der in Moskau und Petrograd verbleibenden Generalkonsuln Herbert Hauschild und Johannes Breiter besonders wichtige Quellen. Beide informierten die deutsche Regierung über die Eskalation des Terrors. Außerdem erhielt die Reichsleitung auch Nachrichten über die Situation in Rußland über die Abteilung Fremde Heere beim Chef des Generalstabs des Feldheeres. Die deutsche Öffentlichkeit wurde über die Entwicklung in Rußland durch Beiträge der Journalisten Alfons Paquet in der *Frankfurter Zeitung* und Karl Johann von Voß im *Berliner Tageblatt* auf dem laufenden gehalten. Paquet war seit Anfang August 1918 Leiter der Presseabteilung des Generalkonsulats in Moskau und hielt engen Kontakt zu Karl Radek, dem Leiter der Abteilung für mitteleuropäische Angelegenheiten im sowjetrussischen Außenministerium.

Am 20. August 1918 sprach Paquet mit Radek über Dzierzynski. Dabei schilderte der Außenpolitiker den Chef der Tscheka so: „Fanatiker, wundervoll geeignet für sein jetziges Amt, mit 500 Mann ganz Moskau in Schach zu halten. [...] Seine Angestellten entweder Fanatiker oder Schurken, wie er selber sagt. Baumlanger, gebieterischer, unerschrockener Mensch; Fanatikergesicht. [...] Lässt jetzt täglich Menschen erschießen.“¹⁷ Lenin hatte 1901 in seinem Artikel für die *Iskra* geschrieben, der Terror könne „niemals eine alltägliche Kampfhandlung werden“, sondern taue bestenfalls „nur als eine der Methoden des entscheidenden Sturmangriffs“.¹⁸ Siebzehn Jahre später war der Terror aber Alltag in Sowjetrußland und sein Regierungschef forderte immer wieder dessen schonungslose Anwendung, besonders nach Anschlägen auf bolschewistische Politiker. Nach der Ermordung des Funktionärs Moisse Markowitsch Wolodarski am 20. Juni 1918 in Petersburg plädierte Lenin sechs Tage später in einem Brief an den dortigen Parteichef Grigori Jewsejewitsch Sinowjew für den Massenterror.¹⁹ Am 30. August 1918 wurde Moisse Solomonowitsch Urizki, der Chef der Petersburger Tscheka, ermordet und wenige Stunden später in Moskau auf Lenin ein Anschlag verübt. In einem von Swerdlow daraufhin erlassenen Aufruf des Zentralexekutivkomitees wurde angekündigt, daß sie die Attentate „mit einem schonungslosen Massenterror gegen alle Feinde der Revolution beantworten“ würden.²⁰ Dagegen protestierten die in Petrograd verliebten Chefs der diplomatischen und konsularischen Vertretungen. Sinowjew empfing am Abend des 3. September 1918 eine Delegation unter der Leitung des Schweizerischen Gesandten Eduard Odier. Die Missionschefs betonten, sich nicht in die politischen Auseinandersetzungen in Rußland einmischen zu wollen, sondern rein aus humanitären Gründen im Namen ihrer Regierungen ihre tiefe Empörung über den Terror auszudrücken, der derzeit in Petersburg, Moskau und anderen Städten herrsche. Nur zu dem Zweck, den Haß gegen eine ganze Klasse von Bürgern zu befriedigen, ohne Anweisungen der Justiz oder anderer staatlicher Organe, drängen Horden bewaffneter Männer Tag und Nacht in Privathäuser ein um zu plündern und zu stehlen. Zudem würden durch sie hunderte von

17 Baumgart, Winfried (Hrsg.): Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution, Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hofmann März bis November 1918. Göttingen 1971, S. 117.

18 Lenin: Werke, Band 5, S. 8.

19 Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke, Band 35, Berlin 1962, S. 313.

20 Dieser Aufruf ist in deutscher Sprache wiedergegeben in: Deutscher Geschichtskalender, Vierunddreißigster Jahrgang, II. Band, 1. Hälfte, Juli – September 1918, S. 313 f. Der Aufruf wurde auch per Funk von Moskau aus verbreitet. Eine Übersetzung des von deutschen militärischen Stellen aufgenommenen Funkspruchs ließ der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier am 3. September 1918 an seine Behörde schicken.

unglücklichen Menschen verhaftet und ins Gefängnis geworfen, obwohl sie nichts mit den politischen Kämpfen zu tun hätten. Ihr einziges Verbrechen sei offensichtlich die Zugehörigkeit zur Bourgeoisie, deren Vernichtung die kommunistischen Führer in ihren Zeitungen und Reden gepredigt haben. Die besorgten Familien könnten keinerlei Nachricht über den Aufenthaltsort ihrer Verwandten erlangen. Solche Gewaltakte seien unbegreiflich, insbesondere, da sie von Leuten begangen würden, die das Bestreben verkündet haben, die Menschheit zu beglücken; das werde die Entrüstung der zivilisierten Welt hervorrufen, die jetzt über die Vorgänge in Petersburg unterrichtet wird.

Der deutsche Generalkonsul Breiter protestierte trotz der Verbundenheit Deutschlands mit Sowjetrußland in deutlichen Worten gegen den Terrorismus der Bolschewiki. Der Sachverhalt wurde Sinowjew in einer Kollektivnote vom 5. September 1918 nochmals dargestellt, die von den Gesandten der Schweiz, Dänemarks und der Niederlande, den Geschäftsträgern Norwegens, Spaniens und Persiens sowie dem deutschen Generalkonsul unterzeichnet war. Deren Schluß lautet: „Das Diplomatische Corps betrachtet es als seine Aufgabe, Herrn Kommissar Sinowjew über die Mißbilligung der Ereignisse durch die ausländischen Vertretungen zu informieren. Es protestierte und protestiert energisch gegen die willkürlichen Gewaltakte, die jeden Tag begangen werden. Die Vertreter der Mächte bringen ihre Vorbehalte zum Ausdruck und fordern im Namen ihrer Regierungen, daß alle Verantwortlichen der Gewaltakte, die begangen wurden und noch begangen werden, persönlich vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden.“ Der Inhalt der Note sollte auch der Sowjetregierung mitgeteilt werden. In der Antwortnote steht, daß man „auf das energischste jede Einmischung neutraler kapitalistischer Mächte zugunsten der russischen Bourgeoisie“ ablehnt und zugleich erklärt, „daß wir jeden Versuch der Vertreter dieser Mächte, die Grenzen des gesetzmäßigen Schutzes der Interessen ihrer Landsleute zu überschreiten, als Versuch der Unterstützung der russischen Konterrevolution betrachten werden“. Die Note ist von Außenminister Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin unterzeichnet.²¹ Radek meinte bei einem Gespräch am 14. September 1918 mit Paquet dazu, daß er die Antwortnote verfaßt habe.²²

Generalkonsul Breiter beteiligte sich am Protest der Diplomaten gegen den Roten Terror, „weil öffentliche Meinung Zurückhaltung übel gedeutet hätte, nachdem wir für gewalttätigen Übermut der Sowjet-Regierung durch unsere nun auch noch in Vertrag politisch bewiesene moralische Stützung verantwortlich gemacht werden“.²³ Staatssekretär Hintze hatte am 27. August 1918 mit dem sowjetrussischen Botschafter Adolf Joffe in Berlin zur Förderung „guter und vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Reichen“ einen Ergänzungsvertrag zum Vertrag von Brest-Litowsk abgeschlossen, dessen Ratifikationsurkunden am 6. September 1918 im Auswärtigen Amt ausgetauscht wurden. Die deutsche Regierung stand aus militärpolitischen Gründen weiter zum Bündnis mit den

21 Die Note der Diplomaten ist in französischer Sprache abgefaßt, die Antwortnote auf deutsch; abgedruckt in: *Diplomatische Dokumente der Schweiz*, Band 6. Bern 1981, S. 787–790. Der Schweizer Sozialist Fritz Platten, der 1917 die Reise Lenins aus der Schweiz nach Rußland organisiert hatte, publizierte den Notenwechsel unkommentiert 1918 in Zürich in deutscher und französischer Sprache. Platten wurde im April 1942 in einem sowjetischen Konzentrationslager am Polarkreis selbst Opfer des Roten Terrors.

22 Baumgart: *Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution*, S. 156.

23 Telegramm Breiters an das Auswärtige Amt vom 6. September 1918: PAAA, R 10111, Rußland Nr. 61, Akten betreffend: Allgemeine Angelegenheiten Rußlands, Band 162. Breiter wurde auf sein Telegramm am 12. September 1918 telegrafisch von Unterstaatssekretär Wilhelm von Stumm geantwortet: „Bitte in Zukunft vor derartigen Demarchen von grundsätzlicher Bedeutung . . . diesseitiges Einverständnis nachsuchen.“ PAAA, R 10112, Rußland Nr. 61, Akten betreffend: Allgemeine Angelegenheiten Rußlands, Band 163.

Kommunisten und nahm dabei die Empörung über diese Haltung in Rußland in Kauf. Am 8. September 1918 meldete Hauschild dem Auswärtigen Amt telegrafisch, daß sich die terroristischen Maßnahmen der Bolschewisten gegen die Bourgeoisie zu einem schonungslosen Klassenkampf entwickelt hätten, „der als Schreckensregiment bezeichnet werden muß. Mit allen Mitteln wird der Kampf gegen alle Personen, die sich durch Stellung, Name, Besitz und Wissen auszeichnen, mit rücksichtslosester Brutalität geführt.“ Der Generalkonsul berichtete weiter, daß der Zustand der vollkommenen Rechtlosigkeit in Rußland dort die Erbitterung gegen Deutschland steigern würde. Hintze definierte in Telegrammen vom 9. September 1918 an die Generalkonsulate in Moskau und Petrograd die deutsche Haltung so: Aus höheren politischen Rücksichten sei „besonderer Wert darauf zu legen, daß eine ruhige Beurteilung der russischen Zustände Platz behält.“ Der Krieg im Osten soll nicht wiederaufleben. „Infolgedessen haben wir keinen Anlaß, Sturz der Sowjetregierung unsererseits herbeizuführen, da jede andere Regierung Freund und Bundesgenosse der Entente sein oder werden und uns zur Anwendung großer militärischer Mittel oder zum Verzicht auf das in Brest Errungene nötigen würde, während Bolschewisten einzige Partei bilden, die im Gegensatz zur Entente steht und unsere politische Arbeit vollbringt.“ Am Schluß der Mitteilungen steht der Wunsch des Staatssekretärs, die Telegramme nach Kenntnisnahme zu vernichten.²⁴ Am 10. September 1918 berichtete Hauschild telegrafisch über die Fortsetzung des Terrors und fügte hinzu: „Halte für *dringend* erforderlich, deutscherseits bei Regierung Verwahrung gegen die in keiner Weise zu rechtfertigenden Gewaltmaßregeln ... einzulegen.“ Hertling notierte am Rand der Telegrammabschrift: „Ich halte das, wenn es nicht schon geschehen sein sollte, für dringend erforderlich.“ Hintze schrieb dazu: „nein“. Der Rußland-Referent Rudolf Nadolny im Auswärtigen Amt entwarf Richtlinien für die Haltung zum Terror. Darin steht u. a., daß von allgemeinen Vorstellungen bei der Sowjetregierung abgesehen werden soll, weil sie den Artikel II des Brester Friedens verletzen würden. Ebenso seien allgemeine Vorstellungen zu Gunsten von Russen und fremden Staatsangehörigen zu unterlassen. „Solche Verwendungen können nach den gemachten Erfahrungen den Betreffenden, besonders wenn es sich um Russen handelt, eher schaden als nützen. Handelt es sich um Personen, die wir auf jeden Fall retten wollen, so ist es zweckmäßiger, ihnen zur Flucht nach Deutschland oder sonst ins Ausland zu verhelfen.“ Die allgemeinen Vorstellungen sollten den Neutralen überlassen werden. Für die Deutschen und ihre Schutzgenossen hingegen haben die amtlichen deutschen Vertreter tatkräftig einzutreten. Hintze erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden, deren Zusammenfassung Hauschild und Breiter am 15. September 1918 telegrafisch durchgegeben wurde.²⁵ Das Prinzip der Nichteinmischung vertrat der Staatssekretär am 24. September 1918 auch im Hauptausschuß des Reichstags, wo er u. a. dazu sagte: „Die innere Lage Großrußlands scheint uns nach dem, was wir in den Zeitungen lesen, von dem Terror beherrscht zu werden, und wir lesen jeden Tag die fürchterlichsten Ausschreitungen, die in Großrußland begangen werden. Gewiß, zweifellos kommen Schreckenstaten vor; aber daß sie in dem Umfang vor sich gehen sollten, wie es in den Zeitungen steht, ist erstens einmal nach dem, was man von Rußland sonst weiß, nicht sehr wahrscheinlich, zweitens haben wir uns mit den Zeitungsnachrichten nicht begnügt, sondern Anfragen gestellt und sind amtlich unterrichtet worden, daß die angegebenen Ziffern zum größten Teil stark übertrieben sind.“ Die deutsche Haltung gegenüber der Sowjetregierung definierte der Staatssekretär so: „Wir haben staatsrechtlich kein Recht bei einem Reich, daß sich selbständig konstru-

24 PAAA, R 10111.

25 PAAA, R 10112.

iert hat, mit dem wir erst de facto Beziehungen angeknüpft haben, mit dem wir ferner einen förmlichen Friedensvertrag abgeschlossen haben, wir haben kein Recht vom völkerrechtlichen Standpunkt aus, in die inneren Verhältnisse eines solchen Reiches einzugreifen. Das ist der Rechtsstandpunkt. [...] Wir haben den Frieden im Osten dank des Friedens von Brest-Litowsk. Es ist unser Interesse, das Interesse des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten, an diesem Frieden festzuhalten, so lange es nur möglich ist.“²⁶ In einem Schreiben Breiters an das Auswärtige Amt vom 5. Oktober 1918 wird die Haltung Hintzes mit Bezug auf diese Rede scharf kritisiert und die Befürchtung formuliert, „daß der Haß gegen Deutschland wegen unseres Zusammengehens mit der Sowjetregierung immer wilder wird, je mehr der bolschewistische Terror gegen Leben und Eigentum der sogenannten Bourgeoisie weiterrast“.²⁷ Eine solch deutliche Kritik am eigenen Chef ist selten in der Diplomatie. Breiters Schreiben traf allerdings erst in Berlin ein, als Hintze schon auf sein Amt verzichtet hatte. Sein Nachfolger Wilhelm Solf verfügte am 5. November 1918 die Unterbrechung der deutsch-sowjetrussischen diplomatischen Beziehungen. Damit endete auch vorerst die Tätigkeit der Generalkonsulate in Moskau und Petrograd.

Am 5. September 1918 hatte der Rat der Volkskommissare einen Beschluß über den Terror angenommen und ihn damit zu einem offiziellen Mittel der Politik in Rußland gemacht;²⁸ auf den Tag genau 125 Jahre nach seiner ersten offiziellen Einführung in Frankreich. Paquet notierte am 9. September 1918 in seinem Tagebuch: „Der Aufenthalt in Moskau ist wie in einem Leichenhaus. [...] Ganz Moskau zittert. Windet sich in Todesängsten. [...] Das Generalkonsulat hat jetzt alle Hände voll zu tun, Schutzgenossen... , die man verhaftet hat, aus den Klauen dieser Bestien zu reißen.“²⁹ Am folgenden Tag schrieb Paquet seine Gedanken zum Terror und zur Reaktion des Auslandes darauf in einem Beitrag für die *Frankfurter Zeitung* nieder. Darin steht u. a., eine Bartholomäusnacht habe „ihre Todesschatten über Rußland niedergesenkt. Die Städte Moskau und Petersburg zittern. Nicht ein Mensch mehr in diesen Städten, der noch seines Lebens sicher wäre. Schuldige und Unschuldige, ein jeder kann... , auf Grund eines bloßen Verdachtes, auf Grund von Listen, die beliebig zusammengestellt werden, von der Außerordentlichen Kommission gegriffen, in die überfüllten... Gefängnisse geworfen und ein paar Stunden später erschossen werden. Die Erschießungen finden meistens frühmorgens statt, beim grellen Licht der Scheinwerfer an den mit Opfern beladenen Lastautomobilen... [...] Eine Einmischung von außen in diese Zustände erscheint gegenwärtig unwahrscheinlicher als je. Mit den Regierungen der ehemaligen Verbündeten befindet sich die Räteregierung nach ihren eigenen Erklärungen im offenen Kriegszustand. Von Deutschland... hat sie... nichts zu fürchten.“ Der Journalist plädierte auch nicht für ein diplomatisches Eingreifen der Deutschen, sondern nur für die Verbreitung der Wahrheit über Rußland in Deutschland. „Die deutsche Reichsregierung tue nur das ihrige, um im deutschen Volke keine Illusionen über Rußland aufkommen zu lassen,

26 Die Rede wurde vollständig veröffentlicht in der Morgen-Ausgabe der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 25. September 1918; danach wiedergegeben in: Hürter, Johannes (Hrsg.): Paul von Hintze, Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär, Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik. München 1998, S. 618–629; die Zitate auf den S. 622 f. Eigentlich kannte Hintze Rußland sehr gut, weil er von 1903 bis 1908 als Marineattaché für die Nordischen Reiche in Petersburg auf Posten war.

27 PAAA, R 2015, Deutschland Nr. 131, Akten betreffend: Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland, Band 51.

28 Dekrete der Sowjetmacht, Band III. Moskau 1964, S. 291 f.

29 Baumgart: Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution, S. 150 f.

von denen es einst ein unangenehmes Erwachen geben müßte.“ Man möge nicht nur den leichtsinnigen Gebrauch der Worte „Friede und Freundschaft“ in Bezug auf das gegenwärtige Rußland vermeiden, sondern eines Tages im Namen der Menschlichkeit auch das deutliche und kurze Wort „Genug!“ aussprechen.³⁰ Paquet besuchte Radek nach der Niederschrift des Beitrags, der dazu sagte: „Danken Sie Gott, daß Sie kein Russe sind. Ich würde Sie sonst wegen Ihrer Artikel erschießen lassen. Todsicher.“³¹ Voß plädierte in seinen Berichten von Anfang September 1918 für „einen feierlichen, eingehend begründeten und entschiedenen Protest“ der deutschen Regierung gegen das Verhalten der Sowjetregierung. „Schon aus moralischen Gründen scheint mir ein solches Einschreiten Deutschlands unerlässlich, damit Deutschland davor bewahrt bleibe, vor dem Urteil der Geschichte in der Gemeinschaft einer Bande von entmenschten Räubern und Mördern dazustehen.“³² In seinem am 10. September 1918 verfaßten Artikel „Die Zeit des Schreckens“ formulierte der Journalist folgendes Resümee: „Kein tausendjähriges Reich des Sozialismus, man mag es noch so herrlich schildern, könnte das Grauen dieser Tage ausgleichen.“ Der Autor gab seine Artikel auch in einem Buch heraus und schrieb dazu in der Schlußbetrachtung über das kommunistische System: „Es geht . . . nicht an, den Terror als eine zufällige Begleiterscheinung des Bolschewismus zu bezeichnen. Der Terror ergibt sich zwangsläufig aus der Idee der proletarischen Minderheitsdiktatur. [. . .] Wer den Bolschewismus will, muß auch den Terror wollen.“³³ Der russische Außenminister Pawel Nikolajewitsch Miljukow definierte einige Jahre später drei Mittel zur Machterhaltung des bolschewistischen Regimes: die Partei, die Armee und den Terror. „Der Terror ist das Grundelement, in dem die Bolschewiken leben und durch das ihre Gewalt gestützt wird.“ Dabei übertreffe der bolschewistische Terror bei weitem alles, „was uns aus der Geschichte bekannt ist. Der Fall Rußlands ist ganz einzigartig und beispiellos. Vereint haben sich hier eine tiefgehende, an den Fronten des Weltkrieges entstandene Deformierung der menschlichen Psyche mit der Überzeugung, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. . . , ferner mit dem den Banditen eigenen Gefühl vollkommener Straflosigkeit und . . . mit der Angst der Verbrecher, die an der Macht bleiben müssen, um ihr eigenes Leben zu erhalten.“³⁴

Der Rote Terror von 1918 wurde in der DDR eher verheimlicht oder hinter verschlossenen Türen gefeiert. Eine von der Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit in Moskau erstellte und an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit in Potsdam aus dem Russischen ins Deutsche übertragene Dokumentensammlung der Tscheka war „Nur für den Dienstgebrauch“ bestimmt und „für Parteiarbeiter, Lehrer für Gesellschaftswissenschaften, Propagandisten sowie Hörer der Universitäten des Marxismus-Leninismus vorgesehen.“ Im Geleitwort des Ministers Erich Mielke heißt es: „Die reichen Erfahrungen der sowjetischen Kommunisten und Tschekisten waren und sind für das Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik eine unschätzbare Hilfe im Kampf gegen die Feinde des Friedens, der Sozialismus und Kommunismus.“ Intensives Studium und schöpferische Auswertung der Dokumen-

30 Der Artikel wurde auch abgedruckt in Paquets Buch: Aus dem bolschewistischen Rußland, Frankfurt am Main 1919, S. 14–20.

31 Baumgart, Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution, a. a. O., S. 152.

32 Diese Berichte wurden von der Auslands-Abteilung der Obersten Heeresleitung der Nachrichten-Abteilung des Auswärtigen Amtes übersandt und dort auch gelesen. PAAA, R 122917, Nachrichten-Abteilung, Rußland 5, Allgemeines, Band 2.

33 Hans Vorst: Das bolschewistische Rußland, Leipzig 1919, S. 159 und 250.

34 Paul Miljukow: Rußlands Zusammenbruch, Erster Band, Leipzig und Berlin 1925, S. 77. Miljukow war von März bis Mai 1917 Außenminister der Provisorischen Regierung gewesen.

te würden zu einer echten Bereicherung des Wissens der Angehörigen des Ministeriums und des Wachregiments „Felix Dzierzynski“. Die Erfahrungen der ruhmreichen Tscheka und ihres Kampfes müßten noch stärker genutzt werden.³⁵ Glücklicherweise erfüllte sich dieser Wunsch des Ministers im Verlauf der demokratischen Revolution von 1989/90 nicht.

35 Wladimir Iljitsch Lenin und die Gesamtrossische Tscheka, S. 5–7.